

2/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Heiner Geißler: Die CDU mobilisiert ihre Kräfte

Sieben Wahlen entscheiden über die Startplätze für 1990

In diesem Jahr finden sieben Wahlen statt: Landtagswahl in Berlin, Europawahl, Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland. In seiner ersten Pressekonferenz im neuen Jahr stellt Generalsekretär Heiner Geißler dazu fest:

Diese Wahlen entscheiden über die Startplätze für den Wahlmarathon 1990: Landtagswahlen im Saarland, in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern und Bundestagswahl.

● Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar kämpft die CDU als Volkspartei um eine Mehrheit für ihre **Konzeption einer modernen Großstadtpolitik**. Eberhard Diepgen ist der Repräsentant einer aufgeschlossenen und zukunftsorientierten Politik, die alle Schichten der Bevölkerung vertritt.

● Bei der Europawahl am 18. Juni kämpft die CDU als deutsche Europapartei um eine Mehrheit für ihre von Bundeskanzler Helmut Kohl durchgesetzte **Konzeption des Europäischen Binnenmarktes** und der europäischen Integration.

● Bei den fünf Kommunalwahlen kämpft die CDU um eine Mehrheit für ihre **Konzeption einer bürgernahen Politik** und will die CDU ihre Position als stärkste Kommunalpartei behaupten.

Die CDU wird ihre volle inhaltliche, organisatorische und personelle Kraft mobilisieren, damit sie aus den Wahlen dieses Jahres erfolgreich hervorgeht.

Deutschlands Zukunft heißt Europa



Die wichtigste Wahl in diesem Jahr, auf die alle Vorbereitungen in diesen Tagen zulaufen, ist die Europa-Wahl am 18. Juni. Deshalb ist auch Europa das Schwerpunktthema dieser Ausgabe. Mit Informationen über Europa und mit der Vorstellung der Werbemittel, mit denen wir den Wahlkampf führen werden, wollen wir es Ihnen gleich zu Anfang des neuen Jahres möglich machen, aktiv an diesem Wahlkampf teilzunehmen.

Generalsekretär Heiner Geißler:

Die Reformen der Bundesregierung finden volle Unterstützung der CDU

Nach einer erneuten Ankündigung der Aufklärungs- und Informationsaktion, mit der die CDU die erfolgreiche Halbzeitbilanz der Bundesregierung darstellen wird, und der Vorstellung der im letzten UID dafür angekündigten Materialien erläuterte Generalsekretär Heiner Geißler vor der Bonner Presse die Entscheidungen, die noch in diesem Jahr anstehen, im Rahmen der Reformpolitik der Bundesregierung:

Die Steuer- und Gesundheitsreform waren überfällig. Die Steuerreform verbessert die Steuergerechtigkeit und entlastet die Bürger ab 1990 um netto 50 Milliarden Mark jährlich. Die Gesundheitsreform stoppt die Kostenexplosion, sichert unser freiheitliches Gesundheitswesen und eine gute medizinische Versor-

Die Rentenreform sichert die Renten über das Jahr 2000 hinaus

gung auf Dauer, stabilisiert die Beiträge und ermöglicht erstmals eine gezielte Hilfe für Pflegebedürftige. Die Gesundheitsreform ist daher auch ein gutes Beispiel für einen qualitativen Umbau des Sozialstaats im Sinne der Neuen Sozialen Frage. Die Rentenreform sichert die Renten über das Jahr 2000 hinaus und anerkennt — erstmalig in der Geschichte der Rentenversicherung — Arbeit in der Familie und in der Pflege. Auch die Reform im Post- und Kommunikationswesen und die Einführung des Dienstleistungsabends gehören zum **Fitnessprogramm für den europäischen Binnenmarkt.**

Diese Reformen und Gesetzesvorhaben finden die volle Unterstützung der CDU.

Außerdem wird die CDU bis zu ihrem Bundesparteitag (11.—13. September 1989 in Bremen) folgende Themen schwerpunktmäßig behandeln:

- 1** Die CDU wird ein integriertes Konzept für die Energie- und Umweltpolitik der 90er Jahre erarbeiten und auf dem Bundesparteitag verabschieden.
- 2** Die Kulturpolitik wird ein zentrales Thema der 90er Jahre sein, weil das kulturelle Angebot mitentscheidend ist für die Lebensqualität in unserem Land. Deshalb veranstaltet die CDU den Kulturkongreß der Kommunalpolitischen Vereinigung in Frankfurt und am 10. Mai einen europäischen Kulturkongreß, deren Ergebnisse Grundlage für die Erarbeitung eines kulturpolitischen Konzepts der CDU darstellen werden.
- 3** Zum Problem der verbesserten Integration ausländischer Mitbürger und zu der Frage, wie das Recht auf politisches Asyl garantiert und dessen Mißbrauch verhindert werden kann, wird die CDU ein geschlossenes Konzept erarbeiten und im Bundesausschuß verabschieden.
- 4** Um diese Ziele erreichen zu können, muß die CDU als **moderne Volkspartei** den gewandelten Anforderungen der 90er Jahre gewachsen sein. Dazu sind organisatorische, personelle und finanzielle Reformen erforderlich. Die entsprechenden Reformvorschläge der Organisationskommission werden im Bundesvorstand und Bundesausschuß vorbereitet und vom Bundesparteitag verabschiedet.

Deutschlands Zukunft heißt Europa

Im Zentrum des Kongresses der CDU „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Frieden — Freiheit — Soziale Gerechtigkeit“ am 18. Januar 1989 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus stand die Diskussion über das Thema „Deutschlands Zukunft heißt Europa“. Generalsekretär Heiner Geißler hat zur Einführung in dieses Thema und, um die Diskussion zu eröffnen, die folgenden neun Thesen aufgestellt:

Obwohl wir in Deutschland nicht mehr die Europa-Begeisterung der 50er Jahre haben, bedeutet dies nicht, daß die Menschen in Deutschland gegen Europa sind. Im Gegenteil: Es besteht ein zunehmend sachorientiertes Interesse an Europa. Die

Einleitung

Menschen fragen heute weniger nach den traditionellen Europa-Idealen. Sie sind vielmehr interessiert an den Problemen der heutigen Zeit, die auf der europäischen Ebene besser gelöst werden können als im nationalen Alleingang.

1 Die europäische Einigung ist eine einzigartige geschichtliche Leistung für die Sicherung des Friedens und der Freiheit in Europa. Die Europäische Gemeinschaft ist eine Wertegemeinschaft, die auf dem Fundament gemeinsamer Überzeugungen der freien Völker aufbaut: Herrschaft des Rechts, Freiheit der Person, soziale Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte. Diese Wertegemeinschaft und der darauf aufbauende Friede sind nur gesichert, wenn innerhalb der Atlantischen Allianz der europäischen Pfeiler gestärkt wird und alle europäischen Staaten einen stärkeren Beitrag für die gemeinsame Verteidigung leisten.

2 Die Grenzen Europas sind nicht identisch mit den Grenzen der Europäischen Gemeinschaft. Zu Europa gehören auch die Völker Mittel-, Ost- und Südost-Europas. Von der fortschreitenden Einigung des freien Europas geht eine starke Anziehungskraft auf jene europäischen Länder aus, denen die Freiheit noch vorenthalten ist. Der Sieg von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie in ganz Europa kann nicht aufgehalten werden, wenn die freien Völker Europas ihre demokratischen und freiheitlichen Ideale überzeugend vertreten und die Zusammenarbeit und den Dialog mit unseren östlichen Nachbarn verstärken.

3 Eine Europäische Politische Union und eine von ihr ausgehende europäische Friedensordnung sind die einzige realistische Chance, die Teilung Europas und damit die Teilung Deutschlands zu überwinden und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann.

4 Europa ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Die durch gemeinsame historische, geistige und künstlerische Tradition begründete Kultur Europas bildet das geistige Fundament der Europäischen Union. Das Bewußtsein einer gemeinsamen kulturellen Identität ist genauso zu fördern wie die Bewahrung der kulturellen sprachlichen und regionalen Vielfalt Europas. Eine solche multikulturelle Gesellschaft ist nur in einem föderalistisch aufgebauten Europa möglich.

5 Die Europäische Gemeinschaft muß zu einem Zentrum internationaler Politik werden. Nur ein Europa, das zu einer Europäischen Union weiterentwickelt

wird, kann sein ganzes politisches und wirtschaftliches Gewicht zur Wahrung eigener Interessen in die internationale Politik einbringen. Neben den Weltmächten muß die Europäische Gemeinschaft entscheidenden Einfluß auf die Weltpolitik gewinnen.

6 Die vergangenen 40 Jahre sind die längste Zeit freiheitlicher, friedlicher und

Der UiD wird über den Kongreß „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ ausführlich berichten.

sozial gerechter Politik, die die Deutschen in ihrer Geschichte erlebt haben. Eine entscheidende politische Grundlage dieser auch für viele ausländische Beobachter einmaligen Entwicklung ist die Soziale Marktwirtschaft. Der europäische Binnenmarkt ab 1993 bietet die Chance, die Soziale Marktwirtschaft, die die Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich verbindet, als Fundament für die gesamte zukünftige Wirtschaftsordnung der Europäischen Gemeinschaft zu nutzen.

7 Europa ist nicht nur ein Europa der Unternehmer und Verbraucher, sondern auch ein Europa der Arbeitnehmer. Mit dem europäischen Binnenmarkt darf daher kein Abbau der Arbeitnehmerrechte verbunden werden, keine soziale Demontage. Notwendig ist aber die Bereitschaft zur Beseitigung überholter Besitzstände und Privilegien, zum qualitativen Umbau der sozialen Systeme, wenn neue Aufgaben dies erforderlich machen, und zu mehr Flexibilität im Arbeitsleben.

8 Die Zukunft Europas wird davon abhängen, ob Europas Wirtschaft in der Lage ist, über das Jahr 2000 hinaus technologische Spitzenprodukte auf dem

Weltmarkt in Konkurrenz zu dem pazifischen Raum und dem gemeinsamen Markt USA/Kanada abzusetzen. Der europäische Binnenmarkt ist ein Überlebensprogramm für die Europäische Gemeinschaft. Nur gemeinsam können die Europäer technologisch an der Spitze bleiben. Europa muß eine Forschungs- und Technologiegemeinschaft werden.

9 Saubere Umwelt gibt es nur gemeinsam in Europa. Umweltverschmutzung macht nicht an Landesgrenzen halt. Deswegen muß auch Umweltschutz grenzenlos sein. Die Europäische Gemeinschaft muß zu einer europäischen Umweltgemeinschaft entwickelt werden.

Argumente für Europa

Die Dokumentation „**In Europa sind wir Vorreiter im Umweltschutz**“ im grünen Teil dieser Ausgabe kann über das **IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold**, bezogen werden.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM
Bestell-Nr.: 5135

Außerdem sind im Angebot die aktuellen UiD-Dokumentationen:

„**Mit Forschung die Zukunft gewinnen**“
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM
Bestell-Nr.: 5129

„**Unsere Argumente für Europa**“
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 9,— DM
Bestell-Nr.: 5110

„**Europäischer Binnenmarkt 1992 — Herausforderung und Chance**“
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM
Bestell-Nr.: 5123

Alle Preise zuzüglich MwSt.

Der Weg nach Europa ist unumkehrbar geworden

Die Bundesregierung erwartet, daß sich die europäische Dynamik, die 1988 unter der deutschen Präsidentschaft in Gang gesetzt wurde, im neuen Jahr fortsetzen wird. Für 1989 stehen insbesondere folgende Aufgaben im Vordergrund, die zunächst unter der spanischen und der französischen Präsidentschaft entscheidende Impulse erforderlich machen:

1. Den Sozialraum Europa schaffen

Bis Ende 1992 soll ein gemeinsamer Wirtschafts- und Sozialraum entstehen. Dazu bedarf es vereinter Anstrengungen von Regierungen, Parlamenten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ergebnis dieser Zusammenarbeit sollte die gemeinschaftsweite Durchsetzung wirtschaftlicher und sozialer Grundrechte wie z.B. Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, die berufliche Gleichstellung von Frau und Mann und die berufliche Chancengleichheit für alle EG-Bürger sein. Für weitere Bereiche des Arbeits- und Arbeitsschutzrechts müssen Mindestvorschriften entwickelt werden. Der Wettbewerb auf dem Binnenmarkt soll nicht durch ein Sozialdumping verzerrt werden.

Bei der Entwicklung von Produktnormen und -standards, die für die Sicherheit und Gesundheit unserer Bürger unabdingbar sind, müssen wir auf einem Weg vorankommen, der das bei uns schon Erreichte nicht gefährdet.

Die vom Bundeskanzler eingerichtete Nationale Europakonferenz, in der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere Vertreter des sozialen Lebens mit Vertretern der Regierung an einem Tisch

zusammenkommen, wird 1989 fortgesetzt. Von ihr sollen wichtige Impulse für die „Zurüstung auf Europa“ und für die Wahrung gemeinsamer Interessen der Bürger in der EG ausgehen.

2. Die Steuerharmonisierung voranbringen

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Schaffung des europäischen Binnenmarktes ist die Beseitigung der Steuer-schranken. Die EG-Kommission hat im Juli 1987 ihre Vorstellungen hierzu entwickelt. Sie geht davon aus, daß im innergemeinschaftlichen Handel das derzeitige System der Steuerbefreiung bei der Ausfuhr und der Besteuerung bei der Einfuhr beseitigt werden muß. Um dabei Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, müssen nach Ansicht der Kommission die Steuersätze für die Mehrwertsteuer und die wichtigsten Verbrauchsabgaben angenähert werden.

Die Bundesregierung akzeptiert die bisherigen Vorstellungen der Kommission — vorbehaltlich einer genauen Prüfung im einzelnen — als geeignete Verhandlungsgrundlage. Viele damit im Zusammenhang stehende Einzelheiten bedürfen jedoch noch der gründlichen, aber auch zügigen Klärung.

3. Europa ohne Grenzen = ein Europa der Bürger

Die Bundesregierung hat die Absicht, im Rahmen des Schengener Abkommens an den Grenzen zwischen Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland die Personenkontrollen bis spätestens 1990 zu beseitigen. Die Schengener Vertragsstaa-

STICHWORT

Europarat

Der Europarat wurde 1949 in Straßburg gegründet und umfaßt heute 21 Mitgliedsländer. Demnächst werden auch Finnland und San Marino dem Europarat beitreten. Die Organe des Europarates sind das Ministerkomitee mit den Außenministern der Mitgliedstaaten, die beratende Versammlung mit den Vertretern der einzelnen Parlamente und das Generalsekretariat.

Ziel des Europarates ist die Einigung Europas. Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem die Bewahrung des kulturellen Erbes, der gemeinsame Schutz natürlicher Ressourcen, die Harmonisierung einzelstaatlicher Gesetze und der stufenweise Abbau nationaler Unterschiede. Insgesamt hat der Europarat bisher 120 Konventionen verabschiedet. Dazu gehört zum Beispiel die europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat sich 1959 konstituiert.

ten — inzwischen führen auch Italien und Österreich Beitrittsgespräche — verstehen sich als ein Motor für die Europäische Gemeinschaft auf dem Weg zur Vollendung des Binnenmarktes, der eine vollständige Beseitigung der Kontrollen des Personen- und Warenverkehrs ab 1993 vorsieht.

Es müssen Vorkehrungen getroffen werden — das ist ein sehr wichtiger Punkt im Hinblick auf das Europa der Bürger —, daß im Bereich der inneren Sicherheit eine vernünftige Balance gefunden wird, wenn die in der Einheitlichen Europäi-

schen Akte vorgesehene und von allen erstrebte Beseitigung der Grenzkontrollen stattfindet.

Wir wissen, daß die Kriminalität längst über die Grenzen hinausgreift und nur durch eine enge internationale Zusammenarbeit der zuständigen Behörden wirksam bekämpft werden kann. Notwendig ist darüber hinaus die Harmonisierung einiger Rechtsbereiche, da die Sicherheitsanforderungen der einzelnen Mitgliedstaaten teilweise unterschiedlich geregelt sind.

„Fit für Europa 92“

Die deutsche Wirtschaft hat nach Einschätzung der Bundesregierung hervorragende Chancen, sich im großen europäischen Binnenmarkt 1992 erfolgreich zu behaupten und weitere Marktanteile zu erreichen. Zur Zeit beträgt der Anteil am Außenhandel, den die deutschen Unternehmen mit ihren Partnern aus den anderen 11 EG-Mitgliedsländern abwickeln, rund 53 Prozent aller Ein- und Ausfuhren der Bundesrepublik insgesamt. Die Verwirklichung des Binnenmarktes bringt bereits jetzt zusätzliche positive Impulse für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, denn ein bemerkenswert hoher Teil der Investitionen wird schon heute in Betrieben getätigt, um sie „für Europa 92 fit zu machen“. Unternehmen und Gewerkschaften haben erkannt, daß die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit der Arbeitsplätze die größte gemeinsame Herausforderung dieses vor uns liegenden Jahrzehnts darstellen wird. Die große Steuerreform, die Anfang der 90er Jahre durch eine Verbesserung der Unternehmerbesteuerung ergänzt werden wird, sowie die Reform des Gesundheitswesens und des Rentensystems sind entscheidende Beiträge der Bundesregierung zur Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen

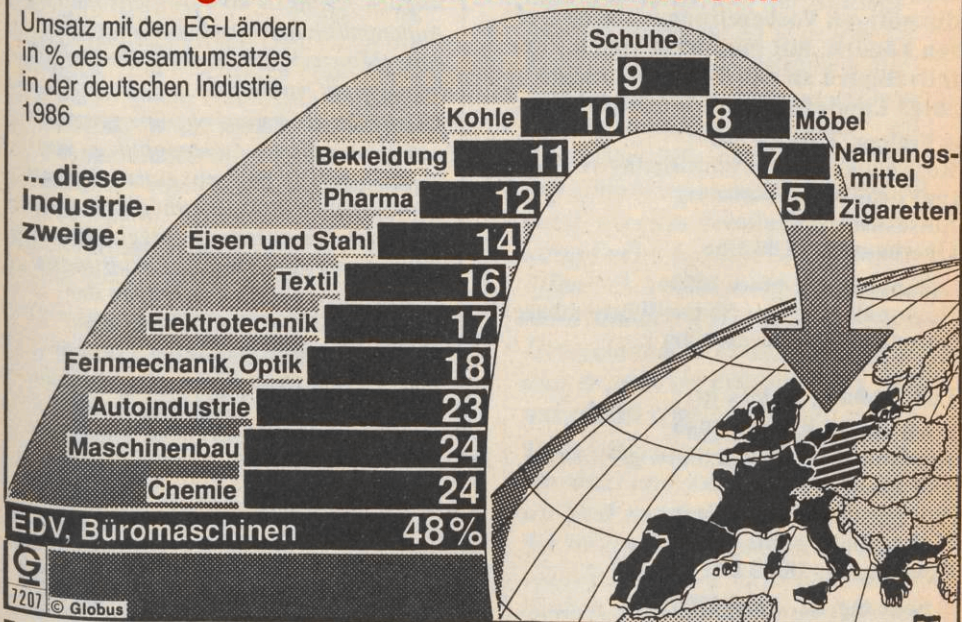
Zukunft der Bundesrepublik im gemeinsamen EG-Binnenmarkt 1992. Wenn die Tarif- und Sozialpartner dieses als Verbesserung der Standortbedingungen erkennen und durch eigene Weichenstellungen ergänzen, kann die Bundesrepublik Deutschland am wirtschaftlichen Wachstum und an der Zunahme der Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft in besonderer Weise teilhaben.

Die deutschen Beiträge zur Europäischen Gemeinschaft sind wichtige Investitionen in die Zukunft: Von der Entwicklung einiger Partnerstaaten profitiert die deutsche Wirtschaft, denn sie liefert für deren Industrialisierung Anlagen und Maschinen in großem Umfang. Eine noch intensivere Arbeitsteilung innerhalb der Gemeinschaft wird zu einer Steigerung des Wohlstands und zu einer Ausweitung der Beschäftigung führen.

So wichtig ist der EG-Binnenmarkt für...

Umsatz mit den EG-Ländern
in % des Gesamtumsatzes
in der deutschen Industrie
1986

... diese
Industrie-
zweige:



Europas Unternehmen stehen in den Startlöchern, denn 1992 sollen der gemeinsame Binnenmarkt — ein Europa ohne Zollschranken — für die Zwölfergemeinschaft Wirklichkeit werden. Für die Bundesrepublik, in der jeder vierte Arbeitsplatz am Export hängt, sind die EG-Nachbarn schon heute wichtige Handelspartner. Fast die Hälfte des Umsatzes der deutschen EDV-Büromaschinenbranche entfällt auf den Handel mit EG-Partnern. Bei Chemie, im Maschinenbau und in der Automobilindustrie sind es fast ein Viertel des Umsatzes: Jedes vierte Auto, das in der Bundesrepublik vom Band läuft, findet einen Käufer im EG-Ausland; jede vierte Maschine aus deutscher Fabrikation wird dort abgesetzt. Der gemeinsame Binnenmarkt bedeutet eine große Herausforderung für deutsche Unternehmen, denn auch die ausländischen Konkurrenten bereiten sich auf den größten Markt des Westens (324 Millionen Verbraucher) vor. Im „Europa 1992“ wird dann ein schärferer Wind im Wettbewerb wehen.

Termine

Regionalkonferenzen im Rahmen des Europawahlkampfes 1989

Die Bundesgeschäftsstelle gibt Ihnen rechtzeitig die Termine für die Regionalkonferenzen im Rahmen des Europawahlkampfes bekannt, damit Sie sich darauf einrichten und vor allem die nötigen Vorbereitungen dafür treffen können, mit möglichst vielen Parteifreunden an den Veranstaltungen Ihres Landesverbandes teilzunehmen.

- **Freitag, 3. März 1989:**
Regionalkonferenz Nordrhein-Westfalen
(mit dem Bundeskanzler)
Luise-Albertz-Halle
Oberhausen, 16.00 Uhr
- **Samstag, 11. März 1989:**
Regionalkonferenz Baden-Württemberg
(mit dem Generalsekretär)
Forum
Ludwigsburg, 10.00 Uhr
- **Mittwoch, 5. April 1989:**
Regionalkonferenz Schleswig-Holstein
und Hamburg
(mit dem Bundeskanzler)
Holstenhalle Halle II
Neumünster, 18.00 Uhr
- **Samstag, 22. April 1989:**
Regionalkonferenz Hessen
(mit dem Generalsekretär)
Rhein-Main-Halle Saal 1
Wiesbaden, 10.00 Uhr
- **Mittwoch, 26. April 1989:**
Regionalkonferenz Niedersachsen und
Bremen
Weser-Ems-Halle
Oldenburg, 17.00 Uhr

Hinweis: Für die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saar stehen die Termine für die Regionalkonferenzen noch aus.

STICHWORT

Europäische Politische Zusammenarbeit

Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) der EG-Mitgliedstaaten besteht seit 1970. Erst durch Aufnahme in die „Einheitliche Europäische Akte“ vom Dezember 1985 ist die EPZ vertraglich verankert und die gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedstaaten auf eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage gestellt worden.

Die EPZ zielt darauf ab, eine gemeinsame europäische Außenpolitik zu verwirklichen. Die EPZ mit einem eigenen Sekretariat in Brüssel ermöglicht umfassenden Austausch, regelmäßige Treffen und gemeinsame Erklärungen zu wichtigen politischen Fragen der Gemeinschaft. Unter der deutschen EG-Präsidentschaft hat der Europäische Rat die Grundlinien einer gemeinsamen Politik zu Afghanistan, zum Nahen und Mittleren Osten, zum südlichen Afrika sowie zu Lateinamerika bekräftigt. Die EPZ hat sich als Instrument gegenseitiger Information, Beratung und Abstimmung bewährt.

Die CDU will ein Europa, das mit einer Stimme spricht und einen europäischen Beitrag zur Konfliktverhütung und friedlichen Konfliktlösung in der Welt leistet. Nur wenn die Gemeinschaft der Zwölf außenpolitisch gemeinsam handelt, kann sie zur Erhaltung der Freiheit und zur Wahrung des Friedens in der Welt beitragen und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Nur innerhalb einer europäischen Friedensordnung kann die Teilung Deutschlands und Europas überwunden werden.

Bauplanungsrecht

Harmonisierung in der EG ermöglicht Verkürzung der Planungszeiten

Wenn die Bundesrepublik Deutschland weiterhin ein begehrter Wirtschaftsstandort bleiben will, ist es unumgänglich, daß wir Planungszeiten verkürzen. Denn nach unserem Bauplanungsrecht, das umfangreiche Beteiligung Dritter kennt und weitreichenden Rechtsschutz einräumt, so der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, Dirk Fischer, ist es möglich, daß bis zu einem Planfeststellungsbeschluß z.B. für ein Projekt des Bundesfernstraßenbaues heute oft zehn bis fünfzehn Jahre vergehen und den Baubeginn hinauszögern.

Eine Harmonisierung des Bauplanungsrechts innerhalb der Europäischen

Europa wird im Alltag erfahrbar

„Europa wird nur in dem Maße Gestalt annehmen, als sich seine Bürger mit ihm identifizieren“.

Bundeskanzler Helmut Kohl
am 6. Juli 1988 vor dem
Europäischen Parlament in Straßburg

Gemeinschaft bietet die Chance, die unerträglichen Zustände in unserem nationalen Planungsrecht zu beseitigen. So macht der gemeinsame europäische Binnenmarkt ab 1993 Verbesserungen der Infrastruktur unseres Landes notwendig: das Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Bundesbahn muß ausgebaut werden, und das Transrapidssystem ist nach der Anwendungsreife schnellstens zu realisieren, um es international konkurrenz-

„Sozialraum Binnenmarkt“

Wie kann die SPD erhalten wollen, was es angeblich gar nicht gibt?

Noch ist allen Bürgern die Verteufelung der Mietrechtsnovellierung oder der Sanierung der Staatsfinanzen durch die SPD in frischer Erinnerung. Von „sozialer Kälte“ war da die Rede und von „Umverteilung von unten nach oben“. All diese Vorwürfe will die SPD nun auf einmal nicht mehr wahrhaben. Jetzt, wo es in den Europawahlkampf geht, beginnt die SPD, öffentlich und laut den hohen sozialen Standard in der Bundesrepublik Deutschland zu preisen, und fordert, daß er auch im Binnenmarkt 1992 unbedingt erhalten bleiben müsse.

Dem kann die CDU nur uneingeschränkt und voll zustimmen. Ja, wir sind sogar der Meinung, daß der international anerkannt hohe soziale Standard nicht nur erhalten bleiben muß, sondern aktiv weiterentwickelt werden kann. Und mit Genugtuung stellen wir fest, daß die Opposition lernfähig ist, wenn auch unter Bedingungen, die ihrer Glaubwürdigkeit nicht schmeicheln.

fähig zu halten und für den Bürger nutzbar zu machen. Diese Infrastrukturprojekte sind aber nur bei einer deutlichen Beschleunigung des Planungsverfahrens in einem vernünftigen Zeitraum möglich.

Aussiedler-Bilanz des Jahres 1988:

Sie sind Deutsche und haben Anspruch auf unsere Solidarität

1988 sind über die Aufnahmeeinrichtungen Friedland mit Osnabrück, Nürnberg und Unna-Massen insgesamt 202.673 deutsche Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland gekommen.

Nach den Hauptherkunftsländern verteilen sich diese Aussiedler wie folgt (in Klammern die Vergleichszahlen des Vorjahres):

Sowjetischer Bereich	47 572	(14 488)
Polnischer Bereich	140 226	(48 423)
Rumänien	12 902	(13 994)
Tschechoslowakei	959	(835)
Ungarn	763	(581)
Jugoslawien	223	(156)
sonst. Gebiete	26	(21)
über das westl. Ausland	12	(25)

Außerdem haben im Jahre 1988 insgesamt 39 832 Deutsche aus der DDR als Zuwanderer Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland gefunden (Vorjahr: 18 958).

Zu dieser mit Abstand größten Aussiedlerzahl, die seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen ist, der Parlamentarische Staatssekretär und Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen Horst Waffenschmidt:

„Der Wunsch von über 200 000 deutschen Aussiedlern, mit uns gemeinsam als Deutsche unter Deutschen leben zu wollen, bedeutet eine große Herausforderung. Die Bundesregierung wird alles tun, um diesen neuen Landsleuten den Start in unserem Lande zu erleichtern.“

Die Aussiedler sind Deutsche. Sie haben besonders stark und besonders lange

unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges zu leiden gehabt. Deswegen verleiht ihnen das Grundgesetz den gleichen rechtlichen Status wie uns Deutschen hier.“

HELMUT KOHL

DIE UNENTRINNBARE GEGENWART DER GESCHICHTE

„Wir werden den Weg in eine bessere Zukunft nur gemeinsam finden können.“ Diese Worte stehen am Schluß der letzten der acht Reden und Ansprachen, die Bundeskanzler Helmut Kohl von 1985 bis 1988 zur deutschen Geschichte gehalten hat. Sie veranschaulichen die Unentrinnbarkeit, mit der die Geschichte gegenwärtig ist, und bekräftigen die Mahnung zur Wachsamkeit, die eine Wiederholung der Unmenschlichkeit unmöglich machen soll.

Wer die Reden lesen will, die alle aus dem konkreten Anlaß einer aktuellen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit entstanden sind, findet sie in der Broschüre „Die unentrinnbare Gegenwart der Geschichte“.

**Zu bestellen: Beim
Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung,
Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1.**

Öffentlicher Dienst als Vorreiter beim Angebot flexibler Arbeitszeiten

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU, Senator Wilhelm A. Kewenig, MdA, hat den Beschluß des Bundesfachausschusses zur Ausweitung der Teilzeitarbeit für Beamte vorgestellt. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

Die Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft ändern sich. Viele Menschen wollen freier über ihre Zeit entscheiden können, als dies bisher üblich war. Insbesondere eine starre Einteilung der Arbeitszeiten wird von den Bürgern mehr und mehr als Hemmnis für ihre persönliche Entwicklung gesehen. Sie entspricht darüber hinaus nicht mehr den Erfordernissen unserer Wirtschaft und behindert einen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Zur Änderung der Lebensbedingungen gehört auch, daß viele Frauen bessere Chancen im Erwerbsleben suchen und viele Männer bessere Chancen in der Familie erhalten wollen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muß verbessert werden. Für viele junge Ehepaare ist es selbstverständlich, daß beide, Frau und Mann, sich gleichermaßen um die Erziehung der Kinder kümmern.

Die Arbeitszeitbestimmungen müssen diesen Entwicklungen angepaßt werden. In ihren Stuttgarter Leitsätzen hat die CDU festgestellt: „Der öffentliche Dienst sollte dadurch vorbildlich sein, daß Bestimmungen des Beamtenrechts überprüft werden und der Spielraum für Zeitverträge und Teilzeitarbeitsplätze genutzt wird.“ Schon heute ist der öffentliche Dienst Vorreiter beim Angebot flexibler Arbeitszeiten. Allein 870 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes machen gegen-

wärtig von der Möglichkeit der Teilzeitarbeit Gebrauch. Der Gesetzgeber ist dennoch aufgefordert, noch deutlicher als bisher die Teilzeitarbeit von Beamten zu fördern.

Die CDU legt dazu folgende Grundsätze vor:

- 1** Die CDU fordert eine Ausweitung der Möglichkeiten von Teilzeitarbeit für Beamte. Sie muß Angebotscharakter haben, weil eine lebenslange, verpflichtende Festlegung auf Teilzeit- oder Vollzeitarbeit dem Wunsch vieler Menschen nach Flexibilisierung ihrer Arbeitszeit widersprechen würde.
- 2** Die zulässigen Zeiträume für die Beurlaubung von Beamten aus familien- oder arbeitsmarktpolitischen Gründen sind auszuweiten. Damit kann denjenigen, die nach Ablauf der derzeit möglichen Zeiträume wieder erwerbstätig werden müssen, um nicht aus dem Beamtenverhältnis entlassen zu werden, eine größere Freiheit gegeben werden. Außerdem wird dadurch auch ein aktiver Beitrag zur Beschäftigungspolitik geleistet, weil es anstelle von Wiedereinstellungen zu Neueinstellungen kommen kann.
- 3** Die Versorgungsregelung bei familien- oder arbeitsmarktpolitisch begründeter Teilzeittätigkeit und Beurlaubung ist so zu ändern, daß den betroffenen Beamtinnen und Beamten dadurch keine überproportionalen Nachteile entstehen. Grundsatz muß sein, daß die Versorgung sowohl bei Vollzeit- wie bei Teilzeittätigkeit nach der Gesamtdauer der tatsächlich geleisteten Dienstzeit berechnet werden muß.

Bundesfrauenministerin Ursula Lehr:

Modernisierung der Wirtschaft bietet Frauen Beschäftigungschancen

Der positive Konjunkturverlauf, jetzt schon im siebten Jahr, hat die Beschäftigungschancen der Frauen verbessert. Noch nie sei die Zahl der erwerbstätigen Frauen so hoch gewesen. Mehr als 10 Millionen Frauen seien erwerbstätig. Ihre Zahl erhöhe sich kontinuierlich, ebenso wie die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen — so Bundesfrauenministerin Ursula Lehr.

Mit fast 8,6 Millionen waren gut 150 000 Frauen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als vor einem Jahr, die Hälfte davon in Teilzeitarbeit, vor allem stieg die Zahl der weiblichen Angestellten 1985 bis 1987 allein um fast 300 000, ein deutlicher Hinweis darauf, daß die Chancen der Frauen mit dem Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft wachsen.

Modernisierung der Wirtschaft heißt nicht nur Rationalisierung, sondern zugleich auch Entwicklung des Dienstleistungssektors, in dem traditionell die Frauenbeschäftigung hoch ist. Der Bedarf an Dienstleistungen wächst überproportional, und zwar von seiten der Unternehmen wie der Privaten.

Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Unternehmen hätten in den letzten fünf Jahren gut die Hälfte den zusätzlichen Dienstleistungs-Arbeitsplätze geschaffen, vielfach in flexibler oder Teilzeitform. Im tertiären Sektor arbeiteten bereits rd. 15 Prozent der Beschäftigten mit verkürzter

Arbeitszeit, während in der Industrie diese Quote dagegen nur bei 3½ Prozent läge. Hiermit leiste der Dienstleistungssektor einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, erklärte die Bundesfrauenministerin. Sie forderte aber zugleich eine Reduzierung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse zugunsten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Auf Dauer könnten unsere sozialen Sicherungssysteme nur funktionsfähig bleiben, wenn alle Arbeitgeber und Beschäftigten sich solidarisch verhielten und für reguläre Beschäftigungsverhältnisse Beiträge leisteten.

Jeder dritte neue Arbeitsplatz wurde im öffentlichen Dienst geschaffen und weitere 10 Prozent von Organisationen ohne Erwerbscharakter, z. B. Verbände, kirchliche und politische Organisationen. Sie entsprächen damit der Dienstleistungsnachfrage der zunehmenden Zahl älterer Menschen, den steigenden Bildungsbedürfnissen, aber auch einer Zunahme der Freizeit.

Frauen müßten sich diesen Entwicklungen insofern noch besser anpassen, als sie sich im Umgang mit den neuen Technologien, die rasch zunehmend auch im tertiären Sektor selbstverständlich werden, qualifizieren. Hier habe die Wirtschaft bereits erkannt, daß besonders Frauen die EDV-Techniken kreativ zu Problemlösungen einsetzen. Ihr Ministerium habe kürzlich ein Faltblatt veröffentlicht — „Frauen und Computer“, das Frauen ermutige, ihre jetzt noch vorhandene Technikscheu zu überwinden.

40 Jahre Frauen-Union

Für die Zukunft verantwortlich Wir wollen mehr als unser Recht...

Unter diesem Motto fand am 14. Januar 1989 das Jubiläum der Frauen-Union der CDU in Bonn-Bad Godesberg statt.

Die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth, hatte neben 550 Teilnehmerinnen eine lange Reihe von Ehrengästen zu begrüßen. So nahm der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger, der Vorsitzende der Senioren-Union der CDU, Gerhard Braun, die Vorsitzende der Frauen-Union der CSU, Ursula Männle, ebenso teil wie Vertreterinnen der internationalen christlich demokratischen Frauenorganisationen und vieler Frauenverbände.

„Der reine Männerstaat ist das Verderben der Völker“

Helmut Kohl sagte in seiner Rede, daß er sich für eine stärkere Repräsentanz der Frauen in der CDU einsetzen werde. Er verwendete dabei ein Zitat der ersten Vorsitzenden der Frauen-Union, damals noch Frauenvereinigung, Helene Weber: „Der reine Männerstaat ist das Verderben der Völker“. Eine Quote der Frauen bei der Besetzung von Parteiämtern lehne er aber ab. Die CDU müsse eine Lösung der Vernunft zu finden.

In der Diskussion des Parteivorsitzenden mit den Teilnehmerinnen wurde eines sehr deutlich: Die Frauen wollen nicht unbegrenzt warten, bis sie endlich den Raum in der Partei und Politik eingeräumt bekommen, den sie verdienen.

Frau Süsmuth drückte das so aus: „Wer keine Frauen-Quote will, muß die Frauen wollen.“

„Wer keine Frauen-Quote will, muß die Frauen wollen“

Ein Jubiläum wie dieses soll auch immer ein Rückblick sein, auf die vergangenen Jahre, auf Erfolge und Mißerfolge. Aenne Brauksiepe, Jahrgang 1912, frühere Gesundheitsministerin und langjährige Vorsitzende der Frauen-Union, schilderte in einer beeindruckenden Rede, wie alles begann. Sie verstand es, das Erlebte

Die Rede, die Helmut Kohl auf der Veranstaltung der Frauen-Union gehalten hat und von der Rita Süsmuth gesagt hat, daß sie in der ganzen Partei bekannt gemacht werden müsse, wird im nächsten UiD als Dokumentation erscheinen.

so wirklichkeitsnah und farbig darzustellen, daß alle im Saal begeistert waren.

Im Anschluß daran wurden Frauen geehrt, die entweder die Frauenvereinigung durch unermüdlichen Einsatz unterstützt haben oder auf einem anderen Sektor — Wirtschaft, Journalismus, soziales Engagement — für andere Frauen Vorbild sein können. Zu den Geehrten gehörten Irma Blohm, Charlotte Fera, Maria Stommel, Irmgard Blättel, Dr. Erika Emmerich, Annemarie Engelhardt, Minister a.D. Annemarie Griesinger, Marlene Lenz, MdEP, Rita Pawelski, Ulrike Wolf.

KSZE-Folgetreffen in Wien

Auf dem Weg zu einer europäischen Friedensordnung

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Verabschiedung eines Schlußdokuments durch das KSZE-Folgetreffen am 15. Januar 1989 in Wien nachdrücklich begrüßt und sieht die Arbeit des Wiener Treffens durch den erhofften Erfolg gekrönt:

Die Verabschiedung eines in allen Bereichen der West-Ost-Zusammenarbeit weiterführenden Schlußdokuments sowie von Mandaten für Verhandlungen über konventionelle Stabilität und über vertrauensbildende Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural bedeuten qualitative Schritte vorwärts auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung

- in der die Sicherheit aller Länder und Völker auf einem niedrigeren Niveau der Rüstung verbürgt ist,
- in der dem fruchtbaren Austausch von Menschen und Ideen neue Wege geöffnet und
- in der Menschenrechte und Menschenwürde allseits geachtet werden.

Dieses herausragende Konferenzergebnis wurde auch durch namhafte deutsche Beiträge ermöglicht, die seit Anbeginn der Konferenz im Herbst 1986 in allen Foren und auf allen Ebenen eingebracht wurde.

Dabei verzeichnet der Bundeskanzler mit besonderer Befriedigung, daß seine Initiative, im Jahre 1989 eine West-Ost-Wirtschaftskonferenz nach Bonn einzuberufen, nunmehr Teil des in Wien vereinbarten Programms von Folgeveranstaltungen ist.

Die Konferenzergebnisse über die zwischenmenschlichen Beziehungen, Familienzusammenführung und Besuchsreisen sind für die Menschen im geteilten Deutschland von unschätzbarem Wert.

Wahlrecht für Ausländer widerspricht Verfassung

Der Beschluß der SPD-Landtagsfraktion, bei den Kommunalwahlen 1994 in Nordrhein-Westfalen ein Kommunalwahlrecht für Ausländer einzuführen, steht eindeutig im Widerspruch zum Grundgesetz:

- Er verletzt Art. 20 Abs. 2 GG, wonach alle Staatsgewalt vom deutschen Volke ausgeht;
- er widerspricht dem Homogenitätsprinzip (Art. 28), nachdem die staatliche Ordnung der Länder und Gemeinden den Grundsätzen des Rechtsstaates im Sinne des Grundgesetzes entsprechen muß;
- er widerspricht dem Grundsatz der Bundestreue.

Zur Wahrung der grundgesetzlichen Ordnung ist daher, so Erwin Marschewski, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuß, eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht erforderlich.

Dazu Johannes Gerster: Davon unberührt bleibt die Frage eines Wahlrechts als Teil eines „europäischen Bürgerrechts“. Im Zuge des weiteren Fortschrittes des europäischen Integrationsprozesses werden dafür zu gegebener Zeit auf der Basis der Gegenseitigkeit die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

Chemiewaffen

Pariser Abschlußerklärung erfüllt die deutsche Forderung nach weltweitem Verbot

Die Pariser C-Waffen-Konferenz ist mit einem befriedigenden Ergebnis zu Ende gegangen. Der Zweck der Konferenz, die Existenz der chemischen Waffen und ihre grauenvolle Vernichtungswirkung in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit zu rücken, wurde erfüllt. Die Abschlußerklärung entspricht der deutschen Forderung, ein weltweites, überprüfbares Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung von Chemiewaffen herbeizuführen sowie die vorhandenen Bestände zu vernichten.

Das einmütige Votum der 149 Teilnehmerstaaten gibt der laufenden Konferenz über die weltweite Ächtung chemischer Waffen in Genf neuen Auftrieb. Daß die

Verifikation eines solchen Abkommens möglich ist, zeigt das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, wo Inspektoren des Rüstungskontrollamtes der Westeuropäischen Union (WEU) regelmäßig die Einhaltung der Nicht-Produktion von C-Waffen bei den dafür in Frage kommenden Chemieunternehmen prüfen.

Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wir fordern die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft auf, sich schon vor Abschluß eines möglichen Abkommens über C-Waffen freiwillig einer ständigen Aufsicht durch die WEU zu unterziehen. Dies wäre ein weiterer Ansatz, die WEU mit neuem Leben zu erfüllen und zu einer gemeinsamen Sicherheitsorganisation der EG zu machen.

Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht

„Es gibt nicht ein Wahlrecht erster Güte zum Bundestag und zu den Länderparlamenten, das den Deutschen vorbehalten wäre, und ein minderes kommunales Wahlrecht, das auch Ausländern eingeräumt werden kann. Aus gutem Grund haben die kommunalen Spitzenverbände sich gegen eine solche Qualifizierung des Kommunalwahlrechts gewandt. Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht, und Staatsgewalt wird auf allen Ebenen, auch in den Gemeinden ausgeübt.“

Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren

Nur die DDR kann Salzgitter überflüssig machen

Zur Kündigung der Beteiligung Schleswig-Holsteins an der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter durch Justizminister Klingner erklärt der Leiter des Arbeitskreises Innen und Recht der CDU-Landtagsfraktion, Peter Aniol, MdL, in Kiel:

Mit dieser Entscheidung verläßt die SPD den Boden deutschlandpolitischer Gemeinsamkeiten. Seit über 27 Jahren droht den Menschen in der DDR bei Fluchtversuchen Tod durch Erschießen. Dies zeigen auch die von der Erfassungsstelle vorgelegten Fälle des vergangenen Jahres. Die Stelle in Salzgitter ist eine ständige Mahnung und Warnung an die DDR.

EURO-MARKT 2000

Das Medienereignis des Europawahlkampfes

Die CDU bietet den Wählern und Parteigliederungen vor Ort eine publikums- und medienwirksame Veranstaltungsform im Rahmen des Europawahlkampfes, die ihresgleichen sucht: Den „EURO-MARKT 2000“.

Der Name ist bezeichnend für die Aktion — ein europäischer Markt, attraktiv, informativ, modern und unterhaltsam. Eine bunte Mischung aus politischer Information, Unterhaltung und Mitwirkung.

Attraktiv, informativ, modern, unterhaltsam

Der EURO-MARKT 2000 zieht als Aktionstournee durch 90 Städte der Bundesrepublik, beginnend am 2. Mai und schließend am 16. Juni.

Auf Marktplätzen, in Fußgängerzonen und an publikumsreichen Orten wird man den EURO-MARKT 2000 antreffen können, also dort, wo sich die Bürger aufhalten.

Einladung zum politischen Dialog

Ein Markt besonderer Art wird der EURO-MARKT 2000 dadurch sein, daß die Besucher zum politischen Dialog eingeladen sind, ihnen aber auch in einem fortlaufenden Showprogramm Musik und Unterhaltung geboten werden.

Die Marktbesucher können sich bei Talk-Shows und an Info-Ständen an Gesprächen beteiligen, sie können bei einem Quiz mitmachen, Solar- und Windener-



gieanlagen ausprobieren und via Satellit ausländische Fernsehprogramme kennenlernen. Wer spezielle Fragen zu Europa hat, die ihn persönlich betreffen — zum Beispiel zur Anerkennung von Schulabschlüssen in anderen EG-Staaten —, kann die Antworten an einem Computerstand abfragen und als individuellen Ausdruck gleich mit nach Hause nehmen.

Den baulichen Rahmen für den **EURO-MARKT 2000** bildet eine 250 Quadratmeter große Aktionsfläche unter einem regenfesten durchsichtigen Kunststoffdach, das von einem Hydraulikarm getragen wird. Die wichtigsten Aktionselemente sind eine Hochbühne mit moderner Showtechnik (Leuchtdiodenwand, drahtlose Tonanlage), ein zentrales Podium für Musik und Tanz sowie mehrere Info-Pavillons.

Präsentation der CDU als zukunftsöffener Volkspartei

Sein modernes Design macht den **EURO-MARKT 2000** zu einem attraktiven Forum für die Präsentation der CDU als zukunftsöffener Volkspartei. Er steht für den realistischen Optimismus der CDU im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt. Dies alles wird auf dem **EURO-MARKT 2000** deutlich werden.

Zur Mobilisierung unserer Mitglieder und Wähler wird die Tournee des **EURO-MARKTS 2000** deshalb entscheidend beitragen.

Sämtliche Termine der **EURO-MARKT-2000-Tour** wurden mit den zuständigen Landesverbänden abgesprochen.

„Deutschland am Wochenende“

Massenverteilmittel im Europawahlkampf

Im Endspurt des Europawahlkampfes 1989 wird es wieder die Wochenzeitung „Deutschland am Wochenende“ geben.

Erscheinungstermine der beiden Ausgaben sind:

- Ausgabe 1: 2./3. Juni
- Ausgabe 2: 15./16. Juni

Die Zeitung wird wieder im Stil einer modernen Kaufzeitung gestaltet und die bewährte Mischung aus aktueller politischer Information und Berichten aus Sport und Unterhaltung enthalten.

DEUTSCHLAND AM WOCHENENDE

Das sind die 10 Pluspunkte (Seite 4)
Europa lohnt sich für uns Deutsche

Deutschlands Zukunft heißt Europa

Mittelstandspolitik

Auf die Mitarbeit aller Bürger angewiesen

Was bringt uns der Binnenmarkt?

- niedrige Preise! Der Binnenmarkt senkt die Verbraucherpreise um rund sechs Prozent und stärkt unsere Kaufkraft.
- mehr Arbeitsplätze! Der Binnenmarkt schafft bis Ende der 90er Jahre bis zu 5 Millionen neue Arbeitsplätze!
- größeres Angebot! Der Binnenmarkt bringt „mehr Auswahl“ erleichtert es ge...

Europa lohnt sich für uns Deutsche

Informationskampagne
der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament



Neben einer derzeit laufenden bundesweiten Anzeigenkampagne hat die EVP-Fraktion 12 Informationsfaltblätter herausgegeben, die den Europa-Abgeordneten in hoher Auflage zur Verteilung zur Verfügung stehen.

Die Faltblätter behandeln die Themen Binnenmarkt, Technologiepolitik, Verkehrs- politik, Agrarpolitik, Umwelt, Regionalpolitik, Jugend, Kultur und Bildung, Soziale Herausforderung, Frauen und Europa, Frieden und Wertegemeinschaft, Entwick- lungspolitik, Nutzen für die Bürger.

Wenden Sie sich an Ihre Europa-Abgeordneten.

Blickfang: EUROPA

Unsere neuen Kleinwerbemittel

Sympathiewerbung steht auch in diesem Europa-Wahlkampf wieder an vorderer Stelle. Mit unseren neuen Kleinwerbemitteln können auch Sie das Interesse Ihrer Mitbürger auf ansprechende Art in Richtung Europa lenken.

Europa-Papierfähnchen

Zeigen Sie Flagge für Europa! Unsere Fähnchen eignen sich besonders gut als Verteilmittel bei Straßenaktionen und zur Dekoration.

Luftballons

Der Himmel kennt keine Grenzen. Leuchtend blau wirbt der Luftballon für ein Europa ohne Grenzen.

Europa-Aufkleber

Farbenfroh zeigt er auf Autos, Fahrrädern und Schultaschen: Die CDU ist die deutsche Europa-Partei.

Europa-Bleistift

Dieser Bleistift mit dem Europazeichen erinnert daran: Am Wahltag CDU ankreuzen.

Europa-Papierfähnchen

Mindestabnahme: 1000 Expl.
Preis pro Mindestabnahme 80, — DM
Bestell-Nr.: 9508

Luftballons

Mindestabnahme: 1000 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 135, — DM
Bestell-Nr.: 9511



Europa-Aufkleber

Mindestabnahme: 100 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 12, — DM.
Bestell-Nr.: 9503

Europa-Bleistift

Mindestabnahme: 100 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 20, — DM
Bestell-Nr.: 9482

Bestellungen richten Sie bitte an das
IS-Versandzentrum, Postfach 1328,
4804 Vermold.



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

'89 FRISCHER WIND FÜR EUROPA

1989 ist ein wichtiges Jahr für Europa. Am 18. Juni 1989 wählen die Bürger Europas zum dritten Mal ihr Europäisches Parlament.

Die Europawahl ist ein Votum für Europa und zugleich ein Votum für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland.

Europa muß wirtschaftlich, kulturell und politisch weiter zusammenwachsen. Kein Land Europas allein ist heute stark genug, um im internationalen Wettbewerb auf Dauer zu bestehen. Nur gemeinsam haben die Europäer die Chance, auch in Zukunft eine technologische Spitzenposition zu halten und Exportmärkte zu sichern. Nur gemeinsamer grenzüberschreitender Umweltschutz sichert die ökologische Zukunft Europas für kommende Generationen. Nur

gemeinsam kann Europa weltweit politische Verantwortung übernehmen.

Europa ist wieder da. Das ist ein Erfolg von Bundeskanzler Helmut Kohl und der CDU. Die Bundesrepublik Deutschland ist Vorreiter und Motor für die europäische Politik.

Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl – die CDU war und ist die deutsche Europa-partei.



Für den Europa-Wahlkampf bietet Ihnen die CDU-Bundesgeschäftsstelle noch einmal die Wandzeitung mit dem Europa-Schiff an. Solange der Vorrat reicht, können Sie Exemplare dieser Wandzeitung bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Telefon (02 28) 54 44 77 anfordern.

UID

2/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.